Haftgründe weiterhin vorliegen und, wenn sie entfallen sind, ob sich eventuelle neue Haftgründe ergeben haben oder ob der Haftbefehl aufzuheben ist (§ 132). Als Beispiele für die Aufhebungspflicht erwähnt der Entwurf den Freispruch und die nicht nur vorläufige Einstellung des Verfahrens. Obwohl das Gesetz die Aufhebungsumstände nicht ausschließlich formuliert, halten wir es für zweckmäßig, als weiteres Beispiel den Fall aufzunehmen, daß der Angeklagte nicht mit Freiheitsentziehung bestraft wurde. Das ist u. E. ebenfalls ein zwingender Aufhebungsgrund.

Sonstige wichtige Bestimmungen

Nach § 128 hat der Staatsanwalt die *Pflicht, die Angehörigen und die Arbeitsstelle des Verhafteten von dessen Freiheitsentziehung zu benachrichtigen*. Damit ist die Regelung aufgenommen worden, die bereits im Rechtspflegeerlaß und im Staatsanwaltschaftsgesetz vorgezeichnet ist. Die Benachrichtigung soll immer erfolgen, unabhängig davon, ob sie der Verhaftete wünscht — wie z. B. in § 143 StPO — oder ob er sich ihr sogar widersetzt. In der Regel soll sie innerhalb von 24 Stunden nach der richterlichen Vernehmung vorgenommen werden. Wird dadurch der Untersuchungszweck gefährdet, so hat die Benachrichtigung dann zu geschehen, wenn die Gefährdungsumstände entfallen sind. Im Interesse der sozialistischen Gesetzlichkeit sollte für diese Ausnahmefälle verlangt werden, daß die Gründe dafür aktenkundig gemacht werden.

Der Entwurf sieht ferner vor, daß Staatsanwalt und Untersuchungsorgan verpflichtet sind, *Maßnahmen zur fürsorglichen Betreuung minderjähriger und pflegebedürftiger Personen*, welche durch die Verhaftung des Beschuldigten erforderlich geworden sind, zu ergreifen. Ebenso sollen sie dafür sorgen, daß durch die Verhaftung das Vermögen und die Wohnung des Beschuldigten nicht schutzlos werden (§ 129). Auch mit dieser Bestimmung werden die Gedanken übernommen, die bereits im Rechtspflegeerlaß und Staatsanwaltschaftsgesetz enthalten sind.

Neu in der Formulierung, nicht jedoch dem Wesen nach, ist die Bestimmung über die *besondere Aufsicht Erziehungsberechtigter*. Danach kann bei einem jugendlichen Beschuldigten, dem die Verletzung eines „Vergehens“ strafatbestandes vorgeworfen wird und der fluchtverdächtig ist, von der Verhaftung abgesehen werden, wenn die Eltern oder sonstige Erziehungs-

berechtigte sich verpflichten, dafür zu sorgen, daß er sich dem Strafverfahren nicht entzieht (§ 135). Eine solche Erklärung ist allerdings nur dann geeignet, die Verhaftung abzuwenden, wenn durch die erzieherische Einflußnahme zu erwarten ist, daß auf diese Weise die Flucht verhindert wird. Unseres Erachtens wird man dabei die Gesamtumstände der zur Last gelegten Handlung, die Person des jugendlichen Beschuldigten und insbesondere die Persönlichkeit des Garanten und seine Einstellung zu der von ihm übernommenen Verpflichtung würdigen müssen.

Unklar scheinen uns die verfahrensrechtlichen Konsequenzen der iVerpflichtungsabgabe und deren Bestätigung formuliert zu sein: Im geltenden § 37 JGG ist ausgesprochen, daß die Untersuchungshaft nicht angeordnet werden darf, wenn... usw. Der StPO-Entwurf enthält keinerlei Hinweis darauf, ob bei einer Bestätigung der abgegebenen Verpflichtung kein Haftbefehl zu erlassen ist oder ob zwar ein Haftbefehl erlassen, jedoch nicht vollzogen wird¹¹. Wir verkennen nicht die Erziehungsbereitschaft der Garanten und den möglichen Erfolg ihrer erzieherischen Einwirkung. Dennoch sollte man erwägen, auch bei einem Jugendliehen, der dringend der Verletzung eines Vergehenstatbestandes verdächtig ist und bei dem Fluchtverdacht besteht, einen Haftbefehl zu erlassen. Von dessen Vollziehung sollte abgesehen werden, wenn eine Verpflichtungserklärung im Sinne von § 135 bestätigt wird. Die drohende Vollziehung des Haftbefehls scheint uns eine wirksame Unterstützung für die erzieherische Einflußnahme auf den Jugendliehen zu sein¹².

Durch die in § 136 vorgesehene *Sicherheitsleistung* werden Besonderheiten berücksichtigt, die sich ergeben, wenn ein Strafverfahren gegen einen Beschuldigten durchgeführt wird, der nicht Bürger der DDR ist und in ihr keinen ständigen Wohnsitz hat.

11 Der Hinweis, daß ein bereits erlassener Haftbefehl wieder aufzuheben ist (§ 135 Abs. 4) betrifft den Fall, daß ein solcher vorlag und erst anschließend zu erkennen war, daß dessen Zweck auch durch eine Verpflichtungserklärung zu erreichen ist.

12 Luther schlägt vor, § 123 dahingehend zu ergänzen, „daß jugendliche Beschuldigte bzw. Angeklagte nur dann in Untersuchungshaft genommen werden dürfen, wenn die Schwere der begangenen Tat dies erfordert und andere Maßnahmen nicht ausreichen“. Dieser Umstand ist u. E. nicht nur bei jugendlichen, sondern bei allen Beschuldigten zu prüfen. Die Notwendigkeitsprüfung (§ 3) trägt dem Rechnung. Unverständlich ist uns, welche „anderen Maßnahmen“ Luther vor Erlaß eines Haftbefehls erwogen haben möchte, wenn er § 135 nicht meint. (Vgl. Luther, „Einzelfragen der Neuregelung des Strafverfahrens gegen Jugendliche“, NJ 1967 S. 224/225.)

TruČjdH. das TantiliaHradtts

EVA-MARIA BENKENDORFF, Oberrichter am Bezirksgericht Potsdam
Dr. WERNER SCHULDT, komm. Direktor des Kreisgerichts Potsdam-Land

Zu einigen Problemen der vorzeitigen Aufhebung einer Vermögensgemeinschaft

In der gerichtlichen Praxis hat die Abgrenzung des Verfahrens zur vorzeitigen Aufhebung der Vermögensgemeinschaft vom Widerspruchsverfahren (Vollstreckungshilfverfahren) nach § 16 Abs. 2 FGB verschiedentlich zu Schwierigkeiten geführt. So bestand bei mehreren Gerichten im Bezirk Potsdam keine Klarheit darüber, daß die vorzeitige Vermögensaufhebung zu einer vollständigen Aufhebung der Eigentums- und Vermögensgemeinschaft führt, die das gesamte Eigentum und Vermögen umfaßt, während im Widerspruchsverfahren lediglich Teile des gemeinschaftlichen Eigentums und Vermögens erfaßt werden, und zwar in dem Umfange, in dem dieses von dem Gläubiger eines Ehegatten in Anspruch genommen wird.

Unklarheiten gab es auch darüber, daß in beiden Fällen hinsichtlich des künftigen Eigentumserwerbs unterschiedliche Folgen eintreten. Nach einer vorzeitigen Aufhebung der Vermögensgemeinschaft kann kein gemeinschaftliches Eigentum und Vermögen mehr entstehen, sofern nicht später die Voraussetzungen des Wiederauflebens der Vermögensgemeinschaft eintreten. Das Widerspruchsverfahren führt dagegen nicht zu derart weittragenden Folgen. Nach Durchführung eines solchen Verfahrens wird gemeinschaftliches Eigentum und Vermögen nach den Grundsätzen der §§ 13, 14 FGB gebildet.

Wenn auch das Plenum des Bezirksgerichts Potsdam bemüht war, diese streitigen Fragen im Bezirk zu klä-